

Smail Rasic [Hrsg.]

# Wege aus dem Kapitalismus?

Autorengespräche mit Colin Crouch, Nancy Fraser,  
Claus Offe, Wolfgang Streeck und Joseph Vogl



**Nomos**

VERLAG KARL ALBER







Smail Ropic [Hrsg.]

# Wege aus dem Kapitalismus?

Autorengespräche mit Colin Crouch, Nancy Fraser,  
Claus Offe, Wolfgang Streeck und Joseph Vogl



**Nomos**

VERLAG KARL ALBER





Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-495-48987-1 (Print)

ISBN 978-3-495-99571-6 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhaltsverzeichnis

<i>Smail Rapic</i>	
<b>Einleitung</b> . . . . .	11
<b>Teil I Autorengespräch mit Nancy Fraser über die Krise des Kapitalismus</b>	47
<i>Nancy Fraser</i>	
<b>Why Two Karls are Better than One: Integrating Polanyi and Marx in a Critical Theory of the Current Crisis</b> . . . . .	49
<i>Smail Rapic</i>	
<b>Nancy Fraser's Critical Re-Reading of Marx's <i>Capital</i> and Historical Materialism</b>	57
<i>Anne Reichold</i>	
<b>Structures of Normativity in Nancy Fraser's Critical Theory of Crisis</b> . . . . .	64
<i>Georg Lohmann</i>	
<b>A Critical of Marx Revision of Nancy Fraser's »Expropriation and Exploitation in Racialized Capitalism«</b> . . . . .	74
<i>Jo Moran-Ellis</i>	
<b>The Limits of a Market? Social Reproduction, Care and Capitalism</b> . . . . .	86
<i>Regina Kreide</i>	
<b>Inequality and the Loss of Democracy</b> . . . . .	96
<i>Wolfgang Streeck</i>	
<b>Movement and Countermovement: Nancy Fraser and the Difficult Relationship between Enslavement and Liberation</b>	101
<i>Nancy Fraser</i>	
<b>System Pressures, Normative Hopes, and Capitalist Crisis A Reply to My Critics</b> . . . . .	108

<b>Teil II Autorengespräch mit Joseph Vogl über das Finanzregime . . . . .</b>	<b>121</b>
<i>Joseph Vogl</i>	
<b>Einleitung . . . . .</b>	<b>123</b>
<i>Reinhard Pfriem</i>	
<b>Rekonstruktion und Transformation</b>	
Überlegungen zu zwei bis drei Büchern von Joseph Vogl . . . . .	140
<i>Tobias Nikolaus Klass</i>	
<b>Allegorien des Gespenstischen. Anmerkungen zur Idee einer Hantologie des Kapitals . . . . .</b>	<b>147</b>
<i>Peter Imbusch</i>	
<b>Die Gespenster der Macht – Anmerkungen zu Joseph Vogl . . . . .</b>	<b>156</b>
<i>Wolfgang Streeck</i>	
<b>Was tun? Negative Dialektik und das alltagspraktische Optimismus-Gebot. . . . .</b>	<b>165</b>
<i>Wolfgang Streeck</i>	
<b>The Fourth Power? . . . . .</b>	<b>171</b>
<i>Smail Rapic</i>	
<b>Die neuzeitliche Gouvernementalität und das Kapital . . . . .</b>	<b>178</b>
<i>Joseph Vogl</i>	
<b>Erwiderung . . . . .</b>	<b>244</b>
<b>Teil III Autorengespräch mit Colin Crouch über Demokratie und Kapitalismus . . . . .</b>	<b>255</b>
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Introductory Statement . . . . .</b>	<b>257</b>
<i>Wolfgang Streeck</i>	
<b>Democracy, Postdemocracy, and the Nation-state . . . . .</b>	<b>262</b>
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Response to Wolfgang Streeck . . . . .</b>	<b>274</b>

<i>Darrow Schecter</i>	
<b>The Post-Democracy Thesis and Statehood in the twenty-first Century . . . . .</b>	<b>277</b>
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Response to Darrow Schecter . . . . .</b>	<b>289</b>
<i>William Outhwaite</i>	
<b>›The Corruption of Markets, Knowledge, Politics etc.« . . . . .</b>	<b>292</b>
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Response to William Outhwaite . . . . .</b>	<b>298</b>
<i>Regina Kreide</i>	
<b>Democratic Socialism or Why the Danish Model of Social Democracy is not Enough . . . . .</b>	<b>301</b>
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Response to Regina Kreide . . . . .</b>	<b>311</b>
<i>Smail Ropic</i>	
<b>Does Socialism Have a Future? . . . . .</b>	<b>312</b>
<i>Colin Crouch</i>	
<b>Response to Smail Ropic . . . . .</b>	<b>327</b>
<b>Teil IV Autorengespräch mit Claus Offe über Strukturprobleme des kapitalistischen Staates heute . . . . .</b>	<b>329</b>
<i>David Strecker</i>	
<b>Spätkapitalismus 2.0: Gesellschaftliche Integration und der Strukturwandel der Kolonialisierung der Lebenswelt . . . . .</b>	<b>331</b>
<i>Wolfgang Streeck</i>	
<b>Krisentheorie gestern und heute . . . . .</b>	<b>344</b>
<i>Smail Ropic</i>	
<b>Kapitalistischer Staat – Versuch einer Begriffsbestimmung . . . . .</b>	<b>365</b>
<i>Georg Lohmann</i>	
<b>Soziale Menschenrechte – Überforderung oder Rückgrat des Sozialstaats? . . .</b>	<b>377</b>

Inhaltsverzeichnis

*Frank Nullmeier*

**Null-Optionen. Eine Welt ohne Steigerungszwang . . . . . 389**

*Maria Behrens*

**Von der nationalstaatlichen Demokratie zum geopolitischen Monopoly . . . . 408**

*Lutz Wingert*

**Reform statt Disruption. Zur Logik von Reformen des Kapitalismus . . . . . 421**

*David Löw Beer, Patrizia Nanz*

**Demokratie und Strukturwandel . . . . . 455**

*Claus Offe*

**Dank und Erwiderungen . . . . . 474**

**Teil V Autorengespräch mit Wolfgang Streeck über Staatensysteme und die Regierbarkeit des ausgehenden Neoliberalismus . . . . . 497**

*Wolfgang Streeck*

**Vorbemerkung: Arbeit, Kapitalismus, Staaten, Europa . . . . . 499**

*Smail Rasic*

**Streecks These vom Ende des Kapitalismus . . . . . 507**

*Colin Crouch*

**Kapitalismus verstehen . . . . . 516**

*Christoph Deutschmann*

**Francis Fukuyama's »End of History«. Eine Kritik aus heutiger Sicht und der Beitrag Wolfgang Streecks . . . . . 521**

*Lutz Wingert*

**Größe und Grenze der Demokratie. Über die Kunst, Komplexität zu zerlegen, ohne dabei den Verstand zu verlieren  
Überlegungen zu Wolfgang Streecks Buch »Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus« . . . . . 536**

*Jens Beckert*

**Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise . . . . . 558**

*Reinhard Pfried*

**Zur Vielfalt der Krisen: Ökologische, kulturalistische und evolutionstheoretische  
Erweiterungen des Zugangs von Wolfgang Streeck . . . . . 568**

*Wolfgang Streeck*

**Entgegnungen: Krisen, Entglobalisierung, Komplexität und der Keynes-Polanyi-  
Staat . . . . . 580**

**Sachregister . . . . . 601**



## Einleitung

### 1. Die gegenwärtige Systemkrise des Kapitalismus

Nach dem Zerfall des Warschauer Paktes und der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 herrschte im Westen die Überzeugung vor, der Kapitalismus habe einen epochalen Sieg errungen. Als Hauptgrund für diesen Umbruch wurde die Ineffizienz der Planwirtschaft im sog. ›real existierenden Sozialismus‹ betrachtet. So schrieb etwa der Osteuropa-Historiker Manfred Hildermeier 1998 in seiner *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991*, dass die Erfordernisse technisch anspruchsvoller Produktion auf Dauer nicht mit der »Anweisungs- und Planungskompetenz« einer Einheitspartei zu vereinbaren seien.<sup>1</sup> Die Etablierung einer »sozialistischen Marktwirtschaft« in China seit Ende der 1970er Jahre wurde im Westen meist als Durchbruch zum Kapitalismus gedeutet.<sup>2</sup> Die Demokratisierungsprozesse in den früheren Ostblock-Staaten und einer Reihe von Ländern des globalen Südens erweckten den Eindruck, dass die globale Expansion des Kapitalismus und die Ausbreitung der Demokratie Hand in Hand gehen.

Das Ende des ›real existierenden Sozialismus‹ in der Sowjetunion und ihren früheren Satellitenstaaten schlug sich in einem programmatischen Wandel traditionsreicher linker Parteien in Westeuropa nieder. Die Kommunistische Partei Italiens, Jahrzehnte lang die zweitstärkste politische Kraft des Landes, benannte sich 1991 in »Partei der demokratischen Linken« (*Partito Democratico della Sinistra*) um. Die britische Labour Party strich 1995 das sozialistische Ziel der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln aus ihrem Parteiprogramm.<sup>3</sup>

Die vereinzelt Warnungen vor bedrohlichen Konsequenzen der wachsenden sozialen Ungleichheit in den kapitalistischen Ländern im Zuge der neoliberalen Globalisierung fanden im gesellschaftspolitischen Mainstream keinen Widerhall. Die neoliberale Wende der westlichen Wirtschaftspolitik seit Ende der 1970er Jahre war durch die ›Stagflations‹-Krise in den Jahren zuvor, d.h. die hartnäckige ökonomische Stagnation bei gleichzeitiger hoher Inflation, motiviert. Der Neoliberalismus setzte die Kürzung staatlicher Sozialleistungen durch, was zur Reduzierung der Inflationsraten beitrug. Das Wirtschaftswachstum wollte er dadurch wieder ankurbeln, dass der Konsum trotz der verringerten Sozialleistungen gestärkt wurde. Die Preise für Konsumgüter sanken durch die Verlagerung von Produktionskapazitäten in

---

<sup>1</sup> M. Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Aufstieg und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998, S. 1011.

<sup>2</sup> Vgl. Tobias ten Brink: *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Frankfurt a. M. 2013.- Diese Sichtweise wurde erst zu Beginn der 2020er-Jahre durch das Schlagwort von der »Systemkonkurrenz« zwischen China und dem Westen abgelöst.

<sup>3</sup> Alastair J. Reid/Henry Pelling: *A Short History of the Labour Party*. Basingstoke <sup>12</sup>2005, S. 181, vgl. S. 37.- Die Sozialistische Partei Frankreichs gab bereits 1983 ihr Vorhaben auf, mit dem Kapitalismus zu brechen. Sie hatte nach der Wahl François Mitterands zum Staatspräsidenten im Jahre 1981 zunächst erfolglos versucht, ein sozialistisches Programm konsequent umzusetzen (Pierre Pezbakh: *Geschichte des französischen Sozialismus. Von der Französischen Revolution bis 2008*. Berlin 2009, S. 393, 400).

Billiglohn-Länder; zugleich wurde die Kreditvergabe gelockert. In den westlichen Ländern konnte auf diese Weise jedoch kein stabiles Wachstum der Realwirtschaft in Gang gesetzt werden. Die mit Abstand größten Wachstumsraten verzeichnete die Finanzbranche, deren Geschäftspraktiken die Weltfinanzkrise von 2008 heraufbeschworen.<sup>4</sup> Durch die neoliberale Globalisierung verschoben sich die weltwirtschaftlichen Gewichte zugunsten einer Reihe ehemaliger Entwicklungsländer, insbes. in Ostasien. Die Abwanderung von Produktionskapazitäten in diese Länder, die dort einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung zugutekam, ging in den westlichen Staaten zu Lasten der Arbeiterschaft. Joachim Hirsch erwartete bereits 1995 angesichts der Tatsache, dass die westlichen Führungseliten keine wirksamen Schritte gegen die Zuspitzung der sozialen Ungleichheit in ihren Ländern unternahmen, eine »Renaissance rassistischer, biologistischer, ethno-zentristischer und wohlfahrts-chauvinistischer Strömungen«, die weltpolitische Turbulenzen auslösen könne.<sup>5</sup> Richard Rorty prognostizierte 1998 den Wahlsieg eines von den Verlierern der neoliberalen Globalisierung in den USA herbeigesehnten »starken Mannes«, was zu einem »Desaster« nicht nur in seinem Land, sondern weltweit führen werde.<sup>6</sup> Diese Prognose ging zwei Jahrzehnte später mit der Präsidentschaft Donald Trumps in Erfüllung. Zur selben Zeit wie Rorty bezeichnete auch Ralf Dahrendorf die Zuspitzung der sozialen Klassengegensätze in den kapitalistischen Staaten unter neoliberalen Vorzeichen als eine elementare Gefahr für die demokratische Staatsform:<sup>7</sup>

»[Die neoliberale] Globalisierung entzieht dem einzigen Domizil der repräsentativen Demokratie, das bisher funktioniert hat, dem Nationalstaat, die ökonomische Grundlage. Globalisierung beeinträchtigt den Zusammenhalt von Bürgergesellschaften, in denen der demokratische Diskurs gedeiht. Globalisierung ersetzt die Institutionen der Demokratie durch konsequenzlose Kommunikation zwischen atomisierten Individuen.

Das ist ein düsteres Gemälde, bei dessen Anblick daran zu erinnern ist, dass Prozesse der Globalisierung ihre Grenzen haben. [...] Dennoch drängt sich der Schluss auf, dass die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten.«<sup>8</sup>

Den ersten gravierenden Einbruch erlitt die westliche Zuversicht, dass die vermeintliche Symbiose von Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft einen welthistorischen Sieg errungen habe, als die systematischen Folterungen durch Sicherheitskräfte der USA im sogenannten »War on Terror« nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem völkerrechtswidrigen Angriff auf den Irak 2003, der mit gefälschten Belegen für angebliche irakische Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt wurde, publik wurden. Aufgrund der Empörung über diese Rechtsbrüche konnten die französische Regierung unter Präsident Jacques Chirac und die deutsche unter Bundeskanzler Gerhard Schröder mit breiter Zustimmung in ihren Ländern zu ihrer Kritik am Irak-Krieg rechnen. Die Rechtsbrüche durch die USA wurden damals über-

---

<sup>4</sup> Vgl. Joris Steg: *Krisen des Kapitalismus. Eine historisch-soziologische Analyse*. Frankfurt/New York 2019, S. 372 f.

<sup>5</sup> J. Hirsch: »Nation-State, International Regulation and the Question of Democracy«. In: *Review of International Political Economy* 2 (1995), S. 267–284, hier S. 278, 282.

<sup>6</sup> R. Rorty: *Achieving Our Country*. Cambridge (Mass.)/London 1998, S. 90 f.

<sup>7</sup> R. Dahrendorf: »Anmerkungen zur Globalisierung«. In: Ulrich Beck (Hrsg.): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt a. M. 1998, S. 41–54, hier S. 47 ff.

<sup>8</sup> A. a. O., S. 51.

wiegend als moralisches Versagen der Regierung und von Angehörigen der Sicherheitskräfte angesehen. Joachim Hirsch hatte dagegen bereits 1995 den Standpunkt vertreten, dass die Beziehungen der Nationalstaaten zueinander nach wie vor von »(kolonialen) Abhängigkeiten, Gewalt und Krieg« durchzogen seien,<sup>9</sup> ohne dass sein Hinweis auf das Gewaltpotential neo-kolonialer Machtstrukturen öffentlich beachtet worden wäre.

Der Glaube an die Überlegenheit des Kapitalismus und seine vermeintliche Symbiose mit der Demokratie wurde durch die 2008 ausgebrochene Weltfinanzkrise nachhaltig erschüttert. Um die drohende Kernschmelze des Weltfinanzsystems abzuwenden, retteten die kapitalistischen Staaten systemrelevante Banken und Großkonzerne, die ins Straucheln geraten waren, mit bislang unvorstellbaren Summen auf Kosten der Steuerzahler vor der Insolvenz. Zur Eindämmung der bedrohlichen Folgen der Weltfinanzkrise für die Haushalte überschuldeter Staaten wurden Sozialleistungen dauerhaft gekürzt. Die Gewinne der Finanzbranche erreichten dagegen rasch wieder ihre alte Höhe.<sup>10</sup>

Jürgen Habermas wertete die Weltfinanzkrise als ein »Systemversagen« des Kapitalismus: »Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus konnte im Herbst 2008 das Rückgrat des finanzmarktgetriebenen Weltwirtschaftssystems nur noch mit den Garantien der Steuerzahler vor dem Zusammenbruch gerettet werden.«<sup>11</sup> Habermas' Feststellung, dass sich dieses Systemversagen »im Bewusstsein von Staatsbürgern festgesetzt« hat, die als »Steuerbürger« hierfür haften müssen,<sup>12</sup> wurde durch die breite Resonanz des Apostolischen Schreibens *Evangelii gaudium* von Papst Franziskus (2013) bekräftigt. »Die Finanzkrise, die wir durchmachen«, hat – so Papst Franziskus – die »Diktatur einer Wirtschaft« offengelegt, die die Gesellschaften zu zerrütten droht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen beschädigt.<sup>13</sup> »In diesem System, das dazu neigt, alles aufzusaugen, um den Nutzen zu steigern, ist alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes.«<sup>14</sup> Das »gesellschaftliche und wirtschaftliche System« des Kapitalismus ist »an der Wurzel ungerecht«:<sup>15</sup>

»Auf diese Weise erzeugt die soziale Ungleichheit früher oder später eine Gewalt, die der Rüstungswettlauf nicht löst, noch jemals lösen wird. Er dient nur dem Versuch, diejenigen zu täuschen, die größere Sicherheit fordern, als wüssten wir nicht, dass Waffen und gewaltsame Unterdrückung, anstatt Lösungen herbeizuführen, neue und schlimmere Konflikte schaffen.«<sup>16</sup>

Im wissenschaftlichen Diskurs wurde die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus, die sich seit 1991 erledigt zu haben schien, erneut aufgeworfen. Die These, dass der Kapitalismus eine begrenzte Lebensdauer hat, ist kein Spezifikum des Marxismus. Max Weber schrieb in *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (1904/05), dass dieser den »Lebensstil« derjenigen, die in dessen »Triebwerk hineingeboren werden«, voraussichtlich

<sup>9</sup> Hirsch: »Nation-State, International Regulation and the Question of Democracy« (s. Anm. 5), S. 270.

<sup>10</sup> Steg: *Krisen des Kapitalismus* (s. Anm. 4), S. 379.

<sup>11</sup> Habermas: »Am Euro entscheidet sich das Schicksal der Europäischen Union«. In: ders.: *Zur Verfassung Europas*. Berlin 2011, S. 112–119, hier S. 117.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Papst Franziskus: *Die Freude des Evangeliums. Das Apostolische Schreiben »Evangelii gaudium« über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute*. Freiburg i. Br. 2013, S. 97.

<sup>14</sup> A. a. O., S. 98.

<sup>15</sup> A. a. O., S. 101.

<sup>16</sup> A. a. O., S. 102.

solange »bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist.«<sup>17</sup> Wie Marx und Engels ging auch Weber davon aus, dass der Kapitalismus auf beständiges Wirtschaftswachstum angewiesen ist, um stabil zu bleiben, dieses aber früher oder später an seine Grenzen stößt. Inzwischen steht fest, dass beim vollständigen Verbrauch der fossilen Ressourcen eine Klimakatastrophe unabwendbar ist. Habermas wies bereits 1973 darauf hin, dass die seit der Industriellen Revolution anhaltende Erderwärmung der kapitalistischen Wachstumsdynamik Grenzen setzt.<sup>18</sup>

Die Weltfinanzkrise von 2008 wird – wie von Habermas – auch von den Autoren des international beachteten Sammelbands *Does Capitalism Have a Future?* (2013, dt. 2014 unter dem Titel *Stirbt der Kapitalismus?*) – Immanuel Wallerstein, Randall Collins, Michael Mann, Georgi Derluguian und Craig Calhoun – als ein Wendepunkt betrachtet, dem eine »Periode noch tiefgreifenderer Störungen und Transformationen« folgen könnte.<sup>19</sup> Die Autoren des Sammelbands sind sich allerdings nicht darüber einig, ob der Kapitalismus seinem Ende entgegengeht. Während Wallerstein und Collins der Überzeugung sind, dass er in eine Sackgasse geraten ist, halten Mann und Calhoun es für möglich, dass er sich regeneriert, wenn die neoliberale Deregulierungspolitik durch sozialstaatliche Maßnahmen rückgängig gemacht wird.<sup>20</sup>

Der vorliegende Band *Wege aus dem Kapitalismus?*, der die Autorengespräche mit Nancy Fraser (November 2016), Joseph Vogl (März 2017), Colin Crouch (März 2018), Claus Offe (November 2019) und Wolfgang Streeck (Juli 2022) an der Universität Wuppertal dokumentiert, führt die Fragestellung des Bandes *Does Capitalism Have a Future?*, der von Soziologen verfasst wurde, in einer interdisziplinären Perspektive fort. An den Autorengesprächen in *Wege aus dem Kapitalismus?* wirken Philosophen, Soziologen, Politik-, Kultur- und Wirtschaftswissenschaftler mit. In der Regel werden Texte der genannten Autoren aus den letzten beiden Jahrzehnten diskutiert; eine Ausnahme bildet Claus Offes 1972 erschienene Aufsatzsammlung *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, die den Rang eines soziologischen Klassikers erlangt hat und 2006 in veränderter Form neu aufgelegt wurde. Die jeweils im Fokus stehenden Texte von Fraser, Vogl, Crouch, Offe und Streeck zur Struktur und krisenanfälligen Dynamik des Kapitalismus werden aus unterschiedlichen Fächerperspektiven kommentiert. Die genannten Autoren greifen in ihren Entgegnungen Anregungen aus den kommentierenden Beiträgen auf und nehmen zu kritischen Anfragen Stellung. Die Autorengespräche werden meist mit einem Einleitungstext der Autoren eröffnet.

---

<sup>17</sup> Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Bd. I. Tübingen 1963, S. 17–206, hier S. 203.

<sup>18</sup> Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M. 1973, S. 62 f.

<sup>19</sup> I. Wallerstein/R. Collins/M. Mann/G. Derluguian/C. Calhoun: »Die nächste große Wende. Gemeinsame Einleitung«. In: dies.: *Stirbt der Kapitalismus?* Frankfurt a. M. 2014, S. 7–16, hier S. 7.

<sup>20</sup> Der Artikel von Georgi Derluguian »Was war der Kommunismus?« geht auf die Leitfrage des Sammelbandes *Stirbt der Kapitalismus?* nicht explizit ein, trägt aber indirekt zu ihrer Klärung bei, indem er sich gegen die verbreitete Überzeugung wendet, das Ende des ›real existierenden Sozialismus‹ in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten sei ein Beleg für die überlegene Effizienz und damit Alternativlosigkeit des Kapitalismus. Nach Derluguian ist der Versuch Gorbatschows, einen demokratischen Sozialismus zu errichten, nicht in erster Linie an wirtschaftlichen Schwierigkeiten gescheitert, sondern am Widerstand klientelistischer Netzwerke der sowjetischen *Nomenklatura*, die um ihre Privilegien fürchtete (Derluguian: »Was war der Kommunismus?« in: Wallerstein, Collins, Mann, Derluguian, Calhoun: *Stirbt der Kapitalismus?*, S. 123–161).

Die thematischen Schwerpunkte der Autorengespräche sind (1) die Ursachen der Weltfinanzkrise von 2008, (2) das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, (3) die Frage nach dem adäquaten theoretischen Rahmen für die konkreten Analysen der gegenwärtigen Krisensymptome und (4) die Zukunftsaussichten des Kapitalismus.

## I. Die Ursachen der Weltfinanzkrise von 2008

Es ist unstrittig, dass die zunehmende private und öffentliche Verschuldung in den kapitalistischen Ländern nach der neoliberalen Wende ihrer Wirtschaftspolitik in die Weltfinanzkrise führte. Crouch analysiert diese Entwicklung mit dem Fokus auf die angelsächsischen, Streeck auf die kontinentaleuropäischen Länder. Der Neoliberalismus lockerte, ausgehend von den USA und Großbritannien, die Kriterien für die Kreditvergabe mit dem Ziel, durch eine kreditfinanzierte Stärkung des Konsums das stagnierende Wirtschaftswachstum erneut anzukurbeln. Crouch bringt diese Zielsetzung auf die Formel eines »privatisierten Keynesianismus«.<sup>21</sup> Da das erhoffte Wachstum der Realwirtschaft ausblieb, stieg die Verschuldung der Privathaushalte, insbes. in den USA, kontinuierlich an und mündete in die Insolvenzen ein, die die Weltfinanzkrise auslösten. Streeck übernimmt Crouchs Formel des »privatisierten Keynesianismus«<sup>22</sup> und fügt seinem Erklärungsansatz im Blick auf die kontinentaleuropäischen Länder einen weiteren, zentralen Aspekt hinzu. In diesen Ländern ist die sozialstaatliche Tradition stärker als in den angelsächsischen; dies führte im Zuge der neoliberalen Globalisierung zu einem kontinuierlichen Anstieg der Staatsschulden, da die Staaten die Steuersätze für Unternehmensgewinne senken mussten, um die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Billiglohn-Länder einzudämmen.<sup>23</sup> Streeck zieht aus der parallelen Zunahme der Privatverschuldung in den angelsächsischen Ländern und der öffentlichen Verschuldung in Kontinentaleuropa vor der Weltfinanzkrise und der drastischen Erhöhung der Staatsschulden in allen kapitalistischen Ländern in ihrem Gefolge den Schluss, dass das neoliberale Versprechen, die Wachstumskräfte des Marktes dauerhaft freizusetzen, auf ganzer Linie gescheitert ist. Fraser verknüpft die Erklärungsansätze Crouchs und Streecks miteinander.<sup>24</sup> Vogl bettet in *Der Souveränitätseffekt* Streecks Analyse der Schuldenspirale in der neoliberalen Ära explizit und diejenige Crouchs implizit in die Entwicklungsgeschichte des neuzeitlichen Kapitalismus ein, indem er die Schlüsselrolle des Kreditwesens für dessen Wachstumsorientierung herausarbeitet, die sich in den Jahrzehnten vor der Weltfinanzkrise nur noch zum Schein aufrechterhalten ließ und seither erlahmt ist.<sup>25</sup>

<sup>21</sup> C. Crouch: »Privatized Keynesianism. An Unacknowledged Policy Regime«. In: *British Journal of Politics and International Relations* 11 (2009), S. 382–39; ders.: *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus (Postdemokratie II)*. Berlin 2011, S. 166.

<sup>22</sup> W. Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin 2013, S. 68.

<sup>23</sup> A. a. O., S. 109–132.

<sup>24</sup> N. Fraser: »Legitimation Crisis? On the Political Contradictions of Financialized Capitalism«. In: *Critical Historical Studies* 2 (2015), S. 157–189, hier S. 178–181.

<sup>25</sup> J. Vogl: *Der Souveränitätseffekt*. Zürich/Berlin 2015, S. 175, 216–218, 273 Anm. 69.

## II. Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie

In den Autorengesprächen im vorliegenden Band herrscht weitgehend Konsens über Crouchs These, dass der herrschende neoliberale Kapitalismus »postdemokratisch« verfasst ist. Die Diskussion kreist um die Frage, wie es zur Aushöhlung der Demokratie in der neoliberalen Ära kam. Crouch führt den Begriff der Postdemokratie in seinem gleichnamigen Buch (ital. 2003, engl. 2005, dt. 2008) in einer akteurszentrierten Perspektive ein. Seit der neoliberalen Wende der westlichen Wirtschaftspolitik ist – so Crouch – »immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft« übergegangen;<sup>26</sup> die »reale Politik« werde »hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.«<sup>27</sup> Bei Crouch bleibt allerdings die Frage nach den systemstrukturellen Ursachen dieser Machtverschiebung zugunsten klientelistischer Netzwerke offen. Streeck, Fraser und Vogl betten Crouchs Postdemokratie-Diagnose mit jeweils unterschiedlicher Akzentuierung in systemfunktionale Analysen des neoliberalen Kapitalismus ein. Streeck erklärt die Herausbildung der Postdemokratie damit, dass die demokratische Steuerung politischer Entscheidungsprozesse für das »neue Wachstumsmodell« des Neoliberalismus, mit dem die »Stagflations«-Krise der 1970er Jahre überwunden werden sollte, nicht »funktional«, sondern vielmehr eine »Bedrohung« war.<sup>28</sup> Die Widerstände in der Bevölkerung gegen die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Billiglohn-Länder, wodurch Arbeitsplätze in den fortgeschrittenen Industriestaaten wegbrachen, und die gleichzeitige Kürzung von Sozialleistungen konnten nur durch die Beschränkung politischer Partizipationsmöglichkeiten ausgeräumt werden.<sup>29</sup> Streeck knüpft mit diesem Erklärungsansatz an die »Frankfurter Krisentheorien der späten 1960er und frühen 1970er Jahre« an,<sup>30</sup> insbes. an Offes Begriff des »kapitalistischen Staates«, dessen anhaltende Aktualität im Autorengespräch mit Offe im vorliegenden Band in vielfältigen Aspekten beleuchtet wird. Im Kapitalismus kann der Staat seine Einnahmen nur dadurch sichern, dass er Arbeitseinkommen und Kapitalgewinne besteuert.<sup>31</sup> Um die »Stagflations«-Krise zu überwinden, wollte der Neoliberalismus auf der einen Seite durch Preissenkungen infolge der Verlagerung von Produktionskapazitäten im Billiglohn-Länder dafür Sorge tragen, dass das Arbeitseinkommen der einheimischen Bevölkerung nach Abzug der Steuern für eine stabile Nachfrage ausreicht; auf der anderen Seite sahen sich die westlichen Staaten genötigt, dem global operierenden Kapital attraktive Investitionsmöglichkeiten zu bieten, um eine Kapitalflucht und den vollständigen Verlust der Arbeitsplätze im Industriesektor zu verhindern; hierfür wurden die Steuern auf Kapitalgewinne und die Sozialbeiträge der Unternehmen reduziert. Die wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik der westlichen Länder in der Nachkriegszeit erwies sich unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung als dysfunktionale »Belastung des [kapitalistischen] Akkumulationsprozesses,

<sup>26</sup> C. Crouch: *Postdemokratie*. Frankfurt a. M. 2008, S. 11.

<sup>27</sup> A. a. O., S. 10.

<sup>28</sup> W. Streeck: *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*. London/New York 2016, S. 22.

<sup>29</sup> Vgl. Streeck: *Gekaufte Zeit* (s. Anm. 22), S. 63 f.

<sup>30</sup> A. a. O., S. 9.

<sup>31</sup> C. Offe: »Reformpolitik und das Interesse des Staates an sich selbst«. In: ders.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Veränderte Neuausgabe. Herausgegeben und eingeleitet von Jens Borchert und Stephan Lessenich, mit einem Vor- und Nachwort von Claus Offe. Frankfurt a. M. 2006, S. 127–152, hier S. 137 f.

drückt sie doch auf die unternehmerischen Profite und die unbedingte Arbeitsbereitschaft der Lohnabhängigen gleichermaßen.«<sup>32</sup> Diese systemfunktionale Erklärung der politischen Dominanz von Kapitalinteressen in der neoliberalen Ära wird von Fraser, die wie Streeck die Frankfurter Theorietradition fortschreibt, dahingehend ergänzt, dass der Neoliberalismus mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und staatlichen Sozialleistungen die von Karl Polanyi als Grundzug des Kapitalismus beschriebene Expansion warenförmiger Marktbeziehungen in alle sozialen Verhältnisse konsequent weiterführt.<sup>33</sup> Wie Fraser ordnet auch Vogl die neoliberale Postdemokratie in die Geschichte des Kapitalismus ein. Das Machtgefälle zwischen Kapitaleignern und Lohnabhängigen, das für den Kapitalismus essentiell ist, spitzte sich in der neoliberalen Ära soweit zu, dass die Demokratisierungsgewinne rückgängig gemacht wurden, die mit der Ablösung des Feudalismus durch den Kapitalismus einhergingen.<sup>34</sup>

### III. Der theoretische Rahmen für die konkreten Analysen der kapitalistischen Systemkrise

Die marxistische Theorietradition bildet einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt von Offes, Streecks, Frasers und Vogls Analysen des zeitgenössischen Kapitalismus. Offe und Streeck rezipieren und aktualisieren die marxistische Tradition in der Perspektive der Frankfurter Kritischen Theorie.<sup>35</sup> Fraser erweitert in ihrer Diagnose der gegenwärtigen kapitalistischen Systemkrise den Fokus der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie auf die Binnenstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft im Rekurs auf Polanyis Analyse der sozialen Konsequenzen expandierender Marktbeziehungen.<sup>36</sup> Vogl verknüpft in seiner historischen Rekonstruktion des neoliberalen Finanzkapitalismus Marx' Kapitalbegriff mit Michel Foucaults Theorie der neuzeitlichen »Gouvernementalität«.<sup>37</sup>

### IV. Die Zukunftsaussichten des Kapitalismus

Im Zeitraum von 2016 bis 2022, in dem die Wuppertaler Gespräche mit Fraser, Vogl, Crouch, Offe und Streeck stattfanden, bewahrheitete sich durch den Aufstieg des Rechtspopulismus in einer Reihe westlicher Länder die Befürchtung der Autoren von *Does Capitalism Have a Future?*, dass sich die Weltfinanzkrise von 2008 »rückblickend als das Vorspiel zu einer Periode noch tiefgreifenderer Störungen und Transformationen erweisen könnte.«<sup>38</sup> Crouch attestiert dem Neoliberalismus im vorliegenden Band die Tendenz zur Selbsterstörung (s. u. S. 257 f.).

<sup>32</sup> J. Borchert und St. Lessenich: »Lang leben die Strukturprobleme!«, in: Offe: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Veränderte Neuauflage, S. 11–22, hier S. 16.

<sup>33</sup> Fraser: »Legitimation Crisis?« (s. Anm. 24), S. 168–176.

<sup>34</sup> Vogl: *Der Souveränitätseffekt* (s. Anm. 25), S. 235.

<sup>35</sup> Offe: »Vorwort«, in: ders.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Veränderte Neuauflage, S. 7–10, hier S. 9; ders.: »Spätkapitalismus – Versuch einer Begriffsbestimmung«. In: ders.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Veränderte Neuauflage, S. 51–66, hier S. 53 f.; Streeck: *Gekaufte Zeit* (s. Anm. 22), S. 17 f.

<sup>36</sup> Fraser: »Why Two Karls are Better than One: Integrating Polanyi and Marx in a Critical Theory of the Current Crisis«, im vorliegenden Band S. 49–56.

<sup>37</sup> J. Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich 2011, S. 131 ff.; ders.: *Der Souveränitätseffekt* (s. Anm. 25), S. 29.

<sup>38</sup> Wallerstein, Collins, Mann, Deluguan, Calhoun: »Die nächste große Wende« (s. o. Anm. 19), hier S. 7.

Fraser vergleicht eine kapitalistische Gesellschaft, in der Marktbeziehungen in alle Lebensbereiche eingedrungen sind, mit einem Tiger, der seinen eigenen Schwanz frisst.<sup>39</sup> Nach Streeck gibt es in der Endphase des Kapitalismus, die bereits eingesetzt habe, keinen Schutz vor »Monströsitäten«.<sup>40</sup> Vogl beschreibt in *Kapital und Ressentiment* die fortschreitende Radikalisierung verfeindeter gesellschaftspolitischer Lager in den kapitalistischen Ländern; er befürchtet, dass dies das »Ferment einer neuen Vorkriegszeit liefern« könne.<sup>41</sup> Anders als Streeck sieht Vogl allerdings – wie Offe und Crouch – keine Anzeichen für das bevorstehende Ende des Kapitalismus.<sup>42</sup> Nach Crouch kann die Krise, in die der Neoliberalismus geführt hat, dadurch überwunden werden, dass der Kapitalismus von einer wiedererstarteten Sozialdemokratie gezähmt wird.<sup>43</sup> Nancy Fraser und Regina Kreide halten dies jedoch für illusorisch.<sup>44</sup> Lutz Wingert und Reinhard Pfriem plädieren dafür, den Kapitalismus Schritt für Schritt in eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform zu überführen, indem eine ökologische Kreislaufwirtschaft etabliert, eine partizipative und gemeinwohlorientierte Unternehmensführung konsequent gefördert und die Macht des Finanzkapitals gebrochen wird.<sup>45</sup> Streeck, Kreide und Rapic betrachten einen demokratischen Sozialismus nach wie vor als diskussionswürdige Systemalternative zum Kapitalismus.<sup>46</sup> Hierbei müssen – wie Fraser betont – der Umweltschutz, die Geschlechter-Gerechtigkeit und die nach wie vor virulente rassistische Diskriminierung stärker berücksichtigt werden, als es in der marxistischen Tradition der Fall war.<sup>47</sup>

Im Folgenden werden die kommentierenden Beiträge zu den Texten von Fraser, Vogl, Crouch, Offe und Streeck, die in den Wuppertaler Autorengesprächen diskutiert wurden, und die Vorbemerkungen bzw. einführenden Texte der Autoren zusammengefasst; ihre Er widerungen werden ausgespart.

## 2. Das Autorengespräch mit Nancy Fraser über die Krise des Kapitalismus

Frasers Argumentation in ihrem Artikel »Why Two Karls are Better than One. Integrating Marx and Polanyi in a Critical Theory of the Current Crisis«, der das Autorengespräch mit ihr einleitet, setzt dabei an, dass die gegenwärtige Krise des Kapitalismus durch die Verflechtung

---

<sup>39</sup> Fraser: »Why Two Karls are Better than One«, S. 51.

<sup>40</sup> Streeck: *How Will Capitalism End* (s. Anm. 28), S. 36.

<sup>41</sup> J. Vogl: *Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart*. München 2021, S. 182.

<sup>42</sup> Vogl: a. a. O., S. 33; Offe: »Erneute Lektüre: Die *Strukturprobleme* nach 33 Jahren«. In: ders.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Veränderte Neuausgabe, S. 181–196, hier S. 194.

<sup>43</sup> C. Crouch: *Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit*. Wien 2013, S. 21–41.

<sup>44</sup> N. Fraser: »System Pressures, Normative Hopes, and Capitalist Crisis. A Reply to My Critics«, in diesem Band, S. 108–119, hier S. 118 f.; R. Kreide: »Democratic Socialism or Why Danish Social Democracy is not enough«, in diesem Band S. 96–100.

<sup>45</sup> L. Wingert: »Reform statt Disruption. Zur Logik von Reformen des Kapitalismus«, in diesem Band S. 420–453; R. Pfriem: »Zur Vielfalt der Krisen: Ökologische, kulturalistische und evolutionstheoretische Erweiterungen des Zugangs von Wolfgang Streeck«, in diesem Band S. 568–579.

<sup>46</sup> W. Streeck: »Whose side we are on?« In: David Coates (Hrsg): *Reflections on the Future of the Left*. Newcastle upon Tyne 2017, S. 137–158; R. Kreide: »Democratic Socialism«, in diesem Band S. 97–101; S. Rapic: »Does Socialism Have a Future?«, in diesem Band S. 312–326.

<sup>47</sup> Fraser: »Behind Marx' Hidden Abode«. In: *New Left Review* 86 (2014), S. 55–72; dies.: »A Triple Movement? Parsing the Politics of Crisis after Polanyi«. In: *New Left Review* 81 (2013), S. 119–132.

fundamentaler ökonomischer, ökologischer, sozialer und politischer Probleme gekennzeichnet ist und daher nur von einer multidimensional angelegten Theorie zureichend erfasst werden kann. Die vielfältigen Krisensymptome können nach Fraser wiederum nur dann adäquat verstanden werden, wenn gezeigt wird, wie sie aus dem globalisierten neoliberalen Finanzkapitalismus als ihrer gemeinsamen Wurzel entspringen. Fraser vertritt die These, dass dieses Programm durch eine Synthese von Karl Polanyis *The Great Transformation* mit Marx' Kritik der politischen Ökonomie eingelöst werden kann. Marx und Polanyi führen die Krisen des Kapitalismus in jeweils unterschiedlicher Weise auf dessen innere Widersprüche zurück. Marx verortet den basalen systemischen Widerspruch des Kapitalismus in der Ökonomie, Polanyi demgegenüber im Verhältnis des kapitalistischen Marktes zur Natur, zur Arbeit und zum Geld als seinen Hintergrundbedingungen. Es zeichnet Frasers Krisenanalyse aus, dass ihre komplexe Anlage Engführungen traditioneller Kapitalismus-Theorien vermeidet.

Nach Marx ist die Kapitalakkumulation die zentrale systemische Triebkraft des Kapitalismus. Dies führt in einen systemischen Widerspruch innerhalb der Ökonomie, weil das Ziel der Profitmaximierung die Mechanisierung und Technisierung der Produktion vorantreibt. Die hierfür erforderlichen Investitionen rentieren sich nur solange, wie die technisch innovativen Unternehmen ihre Produkte kostengünstiger anbieten als ihre Konkurrenten und dadurch zu Marktführern werden, was jedoch nur eine begrenzte Zeit gelingen kann, da die Konkurrenten die Innovationen kopieren müssen, wenn sie nicht vom Markt verdrängt werden wollen. Durch diesen Innovationswettbewerb fällt nach Marx langfristig die Profitrate. Zudem sinkt aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit im Zuge des technischen Fortschritts die Nachfrage, was die Gewinnchancen der Unternehmen weiter schmälert. Die Verschärfung der sozialen Ungleichheit und damit der Klassenkonflikte destabilisiert die Gesellschaft im Ganzen.

Fraser sieht in dieser Marx'schen Analyse ein bleibendes Verdienst seiner Kritik der politischen Ökonomie. Allerdings greift Marx' Analyse nach Fraser zu kurz, da sie die Hintergrundbedingungen der kapitalistischen Ökonomie außer Betracht lässt. Dieses Defizit motiviert Frasers Rekurs auf Polanyi. Er verortet den zentralen Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft im Übergriff von Marktbeziehungen auf ihre Hintergrundbedingungen Natur, Arbeit und Geld.<sup>48</sup> Ihre fortschreitende »Vermarktlichung« (Polanyi) schlägt sich in Krisen nieder. Die Natur wird vom kapitalistischen Markt zum bloßen Ressourcenlieferanten ohne Rücksicht auf ökologische Schäden herabgestuft. Der Warencharakter, den die Arbeit im Kapitalismus annimmt, bringt eine Perspektivenverengung auf ihren in Geld messbaren Ertrag mit sich. Der Aspekt sozialer Kooperation wird hierbei außer Acht gelassen. Dies führt zur Atomisierung der Individuen und damit zum Schwund gesellschaftlicher Integrationskräfte. Bei der »Vermarktlichung« des Geldes werden die Wechselkurse der einzelnen Währungen und der Preis der Edelmetalle dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen. Die Währungsturbulenzen, die hieraus resultieren, können ganze Volkswirtschaften zerrütten. Daher müssen die Staaten der »Vermarktlichung« des Geldes Einhalt gebieten.

Fraser will durch die Analyse der inneren Widersprüche des Kapitalismus im Anschluss an Marx und Polanyi zeigen, dass seine destabilisierenden Tendenzen durch emanzipatorische Gegenbewegungen gegen ihn aufgefangen werden müssen.

---

<sup>48</sup> Vgl. K. Polanyi: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* [1944]. Frankfurt a. M. 1977, S. 102–112.

*Smail Raptic* stimmt der Kritik zu, die Fraser in ihrem Artikel »Behind Marx' Hidden Abode« an Marx' Kapital übt (»Nancy Fraser's Critical Re-Reading of Marx' >Capital< and Historical Materialism«). Im *Kapital* fehlt – so Fraser – eine systematische Analyse der politischen Macht, des Geschlechterverhältnisses und des Mensch-Natur-Verhältnisses als Hintergrundbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft. Raptic teilt Frasers Standpunkt, dass dieses Defizit nicht zur Abkehr vom Marxismus nötigt. Er bringt allerdings einen kritischen Vorbehalt gegen ihre Zielsetzung vor, die fehlenden Analysen in noch zu schreibenden Folgebänden zum *Kapital* nachzutragen. Raptic beruft sich hierbei auf die These Jürgen Habermas' und Axel Honneths, dass der kategoriale Rahmen von Marx' *Kapital* auf die kapitalistische Ökonomie verengt ist. Raptic weist zugleich auf das methodische Problem hin, auf das Frasers Vorhaben einer systematischen Analyse der politischen Macht, des Geschlechterverhältnisses und des Mensch-Natur-Verhältnisses als Hintergrundbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft führt: Sollen diese Analysen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, dürfen sie keinen rein deskriptiven Charakter haben; sie müssen den Anspruch erheben können, die spezifischen Gestalten der politischen Macht, des Geschlechterverhältnisses und des Mensch-Natur-Verhältnisses im Kapitalismus theoretisch rekonstruieren zu können. Dieser Anspruch kann nach Raptic durch eine nicht-reduktionistische Version des marxistischen Basis/Überbau-Theorems eingelöst werden. Zukunftsweisende Ansätze zu den von Fraser geforderten Analysen findet Raptic in den Schriften und Nachlassmanuskripten des späten Engels, der eine solche nicht-reduktionistische Version vertritt.

*Anne Reichold* untersucht in ihrem Beitrag »Structures of Normativity in Nancy Fraser's Critical Theory of Crisis« die normativen Grundlagen von Frasers Kritik des gegenwärtigen krisengeschüttelten Finanzkapitalismus. Reichold unterscheidet drei Ebenen der Normativität in Frasers Theoriekonzeption: die diagnostische, evaluative und transformative. Auf der diagnostischen Ebene werden die normativen Forderungen, die die gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen gegen den neoliberalen Finanzkapitalismus explizit oder implizit erheben, in deren Binnenperspektive rekonstruiert. Fraser hebt auf der diagnostischen Ebene hervor, dass die normativen Anliegen dieser Bewegungen heterogen sind: Ihr kritischer Impetus zielt teils auf ökonomische Ungleichheit, teils auf fehlende soziale Anerkennung statusmäßig benachteiligter Gruppen und Bevölkerungsschichten. Diese beiden Anliegen will Fraser auf der evaluativen Ebene im Rekurs auf den Begriff der Gerechtigkeit miteinander verknüpfen, um hiermit die normative Basis für eine einheitliche Gegenbewegung gegen den neoliberalen Finanzkapitalismus bereitzustellen. Fraser bringt den Gerechtigkeits-Begriff – so Reicholds Interpretationsthese – dadurch ins Spiel, dass sie die sozialen Proteste gegen ökonomische Ungleichheit und fehlende Anerkennung auf unterschiedlich akzentuierte Erfahrungen von Ungerechtigkeit zurückführt und diese Erfahrungen in der Weise begrifflich expliziert, dass die Stoßrichtung der Proteste auf die gesellschaftlichen Grundstrukturen gelenkt wird, in denen die konkreten Angriffspunkte der Proteste verwurzelt sind. Auf der transformativen Ebene will Fraser durch die Analyse der miteinander verflochtenen ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Krisensymptome des globalisierten neoliberalen Finanzkapitalismus eine umfassende Konzeption von Normativität entwickeln, die es ermöglicht, jedes dieser Krisensymptome als Verletzung legitimer normativer Ansprüche zu interpretieren. Wenn dieses Unternehmen gelingt, hat Fraser die normativen Maßstäbe der von ihr anvisierten »universalen Grammatik« (Reichold) der gegenwärtigen kapitalistischen Systemkrise in ihren vielfältigen Aspekten gewonnen. Bei Fraser bleibt allerdings – wie

Reichold am Schluss ihres Artikels zu bedenken gibt – die argumentative Basis der angestrebten umfassenden normativen Kritik des globalisierten neoliberalen Finanzkapitalismus unklar. Die in emanzipatorischer Absicht gesuchte umfassende normative Konzeption lässt sich nicht durch die bloße systematisierende Rekonstruktion der expliziten oder impliziten normativen Forderungen der verschiedenen Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus gewinnen, da zu diesen Bewegungen auch die rechtspopulistische Opposition gegen den weltweiten Freihandel, der vom Neoliberalismus vorangetrieben wurde, gehört. Die von Fraser konzipierte emanzipatorische Theorie der gegenwärtigen kapitalistischen Systemkrise müsste somit eigene normative Maßstäbe an die Hand geben, mit denen der rechtspopulistische Widerstand gegen den Neoliberalismus als ethisch illegitim gekennzeichnet werden kann. Reichold vermisst bei Fraser einen philosophischen Begründungsansatz für solche normativen Maßstäbe.

Georg Lohmann bezieht in seinem Beitrag »A Critical of Marx Revision of Nancy Fraser's ›Expropriation and Exploitation in Racialized Capitalism‹« Frasers These, dass für die neuzeitliche Kapitalakkumulation »Ausbeutung« (exploitation) und »Enteignung« (expropriation) gleichermaßen konstitutiv sind, auf Marx' *Kapital* zurück. Unter »Ausbeutung« versteht Fraser im Marx'schen Sinne die Aneignung des Mehrwerts der Arbeit der Lohnabhängigen durch die Kapitalisten; dieser Begriff der Ausbeutung ist auf den vertraglich geregelten Kauf bzw. Verkauf von Arbeitskraft gemünzt. »Enteignung« meint bei Fraser demgegenüber die »Konfiskation« von menschlichen und natürlichen Ressourcen durch die Ausnutzung von Machtverhältnissen bis hin zum Einsatz offener Gewalt.<sup>49</sup> Fraser zieht aus der Tatsache, dass die Versklavung außereuropäischer Völker eine Schlüsselrolle beim weltgeschichtlichen Aufstieg des Kapitalismus spielte – Marx hebt dies im Kapitel »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation« im I. Band des *Kapital* hervor –, den Schluss, dass rassistische Unterdrückung für den Kapitalismus essentiell sei. Lohmann relativiert Frasers These, dass die rassistische »Enteignung« von Arbeitskraft ein intrinsisches Moment des kapitalistischen Akkumulationsprozesses bildet; Lohmann beruft sich hierbei auf Marx, der Arbeitsverträge zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen, die formaljuristisch freie Bürger sind, zu einem Definiens der kapitalistischen Produktionsweise erklärt. Die rassistische »Enteignung« von Arbeitskraft gehört demzufolge nicht zum *Begriff* des Kapitalismus – was Fraser dadurch suggeriert, dass sie die Sklaven als eine Form des Kapitals bezeichnet.

Lohmann konkretisiert seine Kritik an Frasers Sicht der Rolle der »Enteignung« von Arbeitskraft im Kapitalismus, indem er ihr Begriffspaar »Enteignung/Ausbeutung« auf Marx' Darstellung der Durchsetzung des rechtlichen Arbeitsschutzes im 19. Jahrhundert in England im *Kapital* appliziert. Die Arbeit von Kindern lässt sich insofern als »Enteignung« von Arbeitskraft im Unterschied zur Ausbeutung charakterisieren, als Kinder keine Rechtspersonen sind und daher keine Arbeitsverträge abschließen können. Marx' Schilderung der öffentlichen Empörung, die die weit verbreitete Fabrikarbeit von Kindern in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in England auslöste und den Gesetzgeber schließlich zu Schutzmaßnahmen zwang, enthält nach Lohmann den normativen Subtext, dass die »Enteignung« von Arbeitskraft mit dem bürgerlichen Rechtsrahmen des Kapitalismus unvereinbar ist. Dieser Subtext wird von Marx allerdings – so Lohmann – durch seine Polemik gegen die Defizite des bürgerlichen Rechts verunklart.

<sup>49</sup> N. Fraser: »Expropriation and Exploitation in Racialized Capitalism: A Reply to Michael Dawson«. In: *Critical Historical Studies* 1 (2017), S. 163–178.

*Jo Moran-Ellis* bezeichnet es in ihrem Beitrag »The Limits of a Market? Social Reproduction, Care and Capitalism« als ein wesentliches Verdienst Nancy Frasers, einen Erklärungsansatz für die Rolle der – in der Regel von Frauen ausgeübten – unbezahlten Tätigkeiten in Haushalt und Familie im Kapitalismus entwickelt zu haben. Diese Tätigkeiten gehören nach Fraser in doppelter Hinsicht zu den Hintergrundbedingungen der kapitalistischen Produktion: Auf der einen Seite besteht im Selbstverständnis der kapitalistischen Gesellschaft »Arbeit« im eigentlichen Sinne in der Warenproduktion, wobei auch Dienstleistungen, die entlohnt werden, einen warenförmigen Charakter annehmen; auf der anderen Seite sind die unbezahlten Tätigkeiten in Haushalt und Familie, die in der gesellschaftlichen Bewertung der Arbeit randständig bleiben, für die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft unentbehrlich, da nur die begüterten Schichten genügend Mittel haben, um Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung vollständig an bezahlte Kräfte zu delegieren. Die kapitalistische Einführung des Arbeitsbegriffs wird von den herkömmlichen, meist von Männern konzipierten kritischen Theorien des Kapitalismus dadurch reproduziert, dass in ihnen die unbezahlten Tätigkeiten in Haushalt und Familie nur beiläufig zur Sprache kommen. Moran-Ellis sieht eine innovative Leistung Frasers darin, einen prekären Grenzkonflikt zwischen den Sphären der Lohnarbeit und der unbezahlten Tätigkeiten in den Fokus gerückt zu haben. Moran-Ellis zeigt anhand eines Werbespots von IKEA, dass auch kapitalistische Unternehmen ein Gespür für diesen Grenzkonflikt haben und ihn durch subtile Werbestrategien für ihre Profitinteressen ausnutzen können.

*Regina Kreide* lotet in ihrem Beitrag »Inequality and the Loss of Democracy« die Reichweite der Kritik Frasers am programmatischen Wandel der linken Parteien seit den 1980er Jahren aus. Fraser sieht in einer »zweidimensionale[n] Konzeption der Gerechtigkeit«, die die Forderung nach ökonomischer Verteilungsgerechtigkeit mit der nach sozialer Anerkennung statusmäßig benachteiligter Gruppen und Bevölkerungsschichten – Frauen, ethnischer Minderheiten, Homosexueller – verbindet, die angemessene Basis für eine Kritik am herrschenden Kapitalismus in emanzipatorischer Absicht.<sup>50</sup> Fraser wirft weiten Teilen der Linken vor, das »lange Zeit unangefochtene Bekenntnis zur Umverteilung« unter dem Eindruck der wirtschaftspolitischen Dominanz des Neoliberalismus über Bord geworfen zu haben und sich statt dessen auf das »Beziehungsfeld der Anerkennung« zu konzentrieren.<sup>51</sup> Kreide ist sich mit Fraser sowohl in Hinblick auf die Analyse der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus als auch hinsichtlich politischer Grundsatzfragen weitgehend einig, hält ihren Vorwurf, dass die Linke Fragen der Anerkennung inzwischen überbewertet, allerdings für problematisch, da eine Herabstufung dieser Fragen auf Seiten der Linken den Aufstieg des Rechtspopulismus befördern könne. Dessen Herzstück besteht in kulturalistischen Identitätsfragen und nicht in der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit. Der Rechtspopulismus tritt zwar auch als Anwalt der von der neoliberalen Globalisierung bedrohten oder bereits abgehängten Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten auf, seine Agenda enthält jedoch keine wirksamen Maßnahmen für eine Umverteilung zugunsten der ökonomisch Benachteiligten. Die Wahlerfolge der Rechtspopulisten verdanken sich größtenteils der Befürchtung von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, dass ihr sozialer Status durch die Erosion herkömmlicher Lebensformen

---

<sup>50</sup> Nancy Fraser: »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik«. In: Nancy Fraser/Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt a. M. 2003, S. 13–128, hier S. 51.

<sup>51</sup> A. a. O., S. 16 f., Anm. 2.

im Zuge der Globalisierung und die gesellschaftspolitische Förderung von Minderheiten beschädigt wird. Eine emanzipatorische linke Politik, die dem Rechtspopulismus mit Aussicht auf Erfolg entgegentreten will, darf sich nach Kreide nicht mit partiellen Korrekturen am neoliberalen Kapitalismus begnügen, sondern muss eine grundsätzliche Systemalternative ins Auge fassen. Für ihre Konkretisierung bedarf es eines umfassenden gesellschaftlichen Diskurses, in dem Fragen der Umverteilung und der Anerkennung gleichermaßen verhandelt werden.

Wolfgang Streeck erhärtet Frasers These einer »unterschwelligten Wahlverwandtschaft« zwischen einem marktgläubigen Feminismus und dem Neoliberalismus, die die emanzipatorische Zielsetzung des Feminismus aushöhlen könne,<sup>52</sup> durch die Darstellung der Machtverschiebung zugunsten der Unternehmer im Zuge der fortschreitenden Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten (»Movement and Countermovement. Nancy Fraser and the Difficult Relationship between Enslavement and Liberation«). Der Feminismus geht eine »gefährliche Liaison« mit dem Neoliberalismus ein,<sup>53</sup> wenn er die deutlich gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen umstandslos als Ausstieg aus wirtschaftlicher Abhängigkeit wertet. Er blendet hierbei – wie Streeck betont – aus, dass es die vermehrte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt infolge der Ausweitung weiblicher Erwerbstätigkeit den Unternehmern ermöglicht, die Lohnkosten niedrig zu halten. Dies führt bei vielen Familien dazu, dass beide Eltern arbeiten müssen – zumal die Immobilien- und Mietpreise mit der wachsenden Zahl der Berufstätigen nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ansteigen. Die vermehrte Berufstätigkeit von Frauen spielt somit im neoliberalen Kapitalismus den Kapitaleignern, deren Machtposition durch die vom Neoliberalismus betriebene Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohn-Länder und den Abbau von Sozialleistungen gestärkt wird, in die Hände. Streeck teilt allerdings nicht Frasers Hoffnung auf eine feministische Gegenbewegung gegen den Neoliberalismus im Rekurs auf traditionelle sozialistische Ideen; hierfür sieht Streeck in der gegenwärtigen Situation keine erfolgversprechenden Anknüpfungspunkte.

### 3. Das Autorengespräch mit Joseph Vogl über das Finanzregime

Die Beiträge zum Autorengespräch mit Joseph Vogl im vorliegenden Band fokussieren auf seine vielbeachteten Monografien *Das Gespenst des Kapitals* (2010) und *Der Souveränitätseffekt* (2015). Vogl zeichnet in seiner Einleitung zu diesem Autorengespräch die thematischen Bezüge zwischen beiden Monografien unter dem Leitbegriff des »Finanzregimes« nach. In *Das Gespenst des Kapitals* thematisiert er »Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Epistemologie und des Selbstverständnisses der Ökonomik als Feld von Wissensproduktion und professioneller gesellschaftlicher Selbstbeschreibung« unter dem Eindruck der Weltfinanzkrise von 2007/08 in einer ideologiekritischen Perspektive.<sup>54</sup> Das »ökonomische Wissen der letzten dreihundert Jahre« hat – so Vogl – »die wirtschaftlichen Tatsachen geschaffen«, »mit deren Entzifferung es sich selbst konfrontiert«;<sup>55</sup> daher steht es im Zentrum seiner

<sup>52</sup> N. Fraser: »Feminism, Capitalism and the Cunning of History«. In: *New Left Review* 56 (2009), S. 97–117, hier: 108.

<sup>53</sup> N. Fraser: »A Triple Movement?« (s. Anm. 47), S. 130.

<sup>54</sup> Hanno Pohl/Jan Sparsam: »Einleitung: Diskussionen im Anschluss an Joseph Vogls *Das Gespenst des Kapitals*«. In: dies. (Hrsg.): *Wirtschaftswissenschaft als Oikodizee? Diskussionen im Anschluss an Joseph Vogls Das Gespenst des Kapitals*. Wiesbaden 2013. S. 7–24, hier S. 15.

<sup>55</sup> Vogl: *Das Gespenst des Kapitals* (s. Anm. 37), S. 8.

Analyse der Ursachen und Folgen der Weltfinanzkrise in *Das Gespenst des Kapitals*. Die von Adam Smith mit *Der Wohlstand der Nationen* (1776) begründete klassische Nationalökonomie, die sich gegen die dirigistischen und protektionistischen Maßnahmen des herrschenden Merkantilismus wandte, gab einen entscheidenden Anstoß zu dessen Ablösung durch das ›freie Spiel der Kräfte‹ der Marktwirtschaft. Auf die von Smith paradigmatisch formulierte Überzeugung, dass – mit Vogl zu sprechen – »das Marktgeschehen ein exemplarischer Schauplatz von Ordnung, Integrationsmechanismen, Ausgleich, sinnvollen Allokationen und somit von gesellschaftlicher Vernunft« sei, ist Vogls ironisierende Wortschöpfung »Oikodizee« gemünzt.<sup>56</sup> Vogl spricht hiermit der klassischen Nationalökonomie eine Surrogatfunktion für den überkommenen Glauben an eine weise göttliche Weltregierung zu, der im Zeitalter der Aufklärung unter dem Eindruck von Naturkatastrophen wie dem Erdbeben von Lissabon (1755) ins Wanken geriet. So wie die Theodizee die irdischen Übel als unvermeidliche Begleiterscheinungen einer *sub specie aeternitatis* sinnvollen Weltordnung betrachtet, schließt der Anspruch der klassischen (und neoklassischen) Nationalökonomie, dass die Marktwirtschaft das beste aller möglichen Wirtschaftssysteme ist, die Annahme ein, dass es sich bei den Krisen des kapitalistischen Marktes um notwendige Anpassungserscheinungen auf dem Weg zu neuen Prosperitätsphasen handelt.

Diese Annahme steht und fällt mit dem zentralen Dogma der Marktwirtschaft, dass ihre Wachstumskräfte niemals an unüberwindliche Grenzen stoßen werden. In den 1980er Jahren setzte der angelsächsische Neoliberalismus die Abkehr vom Sozialstaatsmodell der Nachkriegszeit in den kapitalistischen Ländern mit dem Versprechen durch, dass die wirtschaftspolitische Deregulierung und die Privatisierung bisheriger staatlicher Aufgaben, damit auch von Staatseigentum, marktwirtschaftliche Wachstumskräfte freisetzen werde, mit denen die hartnäckige Stagnation der -70er Jahre überwunden werden könne. Die neoliberale Wende führte zwar zwei Jahrzehnte lang zu einem nominellen Wirtschaftswachstum, dieses stand jedoch auf tönernen Füßen. Der sprunghafte Anstieg finanzieller Transaktionen, der durch die Lockerung der Kreditvergabe ermöglicht wurde, ging mit einem rückläufigen realen Wachstum der Wirtschaft einher.<sup>57</sup> Die Gewinne der Finanzwirtschaft waren zum großen Teil schuldenfinanziert. Ihre fehlende realwirtschaftliche Deckung führte in die Weltfinanzkrise von 2007/08. Der Mainstream der herrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorie hatte die Krise nicht vorhergesehen, ja sogar »auf konzeptioneller Ebene für unmöglich erklärt«.<sup>58</sup> Vogl betont, dass dies nicht auf ein persönliches Versagen kurzsichtiger Ökonomen zurückzuführen ist, sondern ein fundamentales Defizit der neoklassischen Wirtschaftstheorie unter den gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen, die durch die Abkoppelung der Finanz- von der Realwirtschaft gekennzeichnet sind, offen legt: In dem Maße, wie Kredite zum Lebenselement der Finanzmärkte werden, wird deren »Bezug zu ›richtigen‹ Bewertungen und verlässlichen Referenten obsolet.«<sup>59</sup> Der Buchtitel *Das Gespenst des Kapitals* ist darauf

<sup>56</sup> A. a. O., S. 27, 29.

<sup>57</sup> Vgl. Christoph Deutschmann: »Finanzialisierung als Hegemonie des Rentiers«. In: Pohl/Sparsam: (Hrsg.): *Wirtschaftswissenschaft als Oikodizee?* (s. Anm. 1), S. 141–158, hier S. 144.

<sup>58</sup> Deutschmann: a. a. O., S. 141. Vgl. Vogls »Einleitung« im vorliegenden Band, S. 125.

<sup>59</sup> Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*, S. 81.

gemünzt, dass sich im Kreditgeld eine »Schöpfung aus nichts« vollzieht; die Geldmenge löst sich von der Menge zirkulierender Güter ab.<sup>60</sup>

Nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise verschloss sich die Mainstream-Ökonomie der Einsicht, dass sie mit ihrem Einfluss auf die Politik eine erhebliche Mitverantwortung für sie trug. Vogl zitiert in seiner Einleitung zum Autorengespräch mit ihm im vorliegenden Band aus einem Vortrag des damaligen US-Notenbankchefs Ben Bernanke im Jahre 2010: »Ich glaube nicht,« sagte Bernanke damals, »dass die Krise uns in irgendeiner Weise dazu nötigt, die Wirtschafts- und Finanzwissenschaft von Grund auf zu überdenken.« (s. u. S. 125) Dieses Selbstbild der Mainstream-Ökonomie, das Bernanke exemplarisch formuliert hat, betrachtet Vogl als eines »der größeren Irrtümer der jüngeren Wissenschaftsgeschichte [...], und es stellt sich die Frage, ob die letzte Finanzkrise nicht eine ähnliche Wirkung hätte haben können wie das Erdbeben von Lissabon 1755.«<sup>61</sup> Die Mainstream-Ökonomie hätte ihr mangelndes Gespür für die volkswirtschaftlichen Risiken, die die Weltfinanzkrise heraufbeschworen, insofern als Indiz für ihre theoretische Unzulänglichkeit werten müssen, als sich die Theorie der Marktwirtschaft seit Adam Smith mit ihrer Konzeption des von staatlichen Eingriffen entbundenen Marktes als eines eigendynamisch operierenden Systems am »Erkenntnismodell empirischer Naturerfahrung« orientiert;<sup>62</sup> in diesem Erkenntnismodell bemisst sich die Triftigkeit von Hypothesen und Theorien danach, ob aus ihnen zutreffende Prognosen abgeleitet werden können. Die Vorbildfunktion der Naturwissenschaft für die Mainstream-Ökonomie wird durch deren Tendenz zur Mathematisierung belegt.<sup>63</sup>

Der Gewichtsverlagerung von der Real- zur Finanzwirtschaft, die durch die neoliberale Wende angestoßen wurde, tat die Weltfinanzkrise keinen Abbruch. Mit staatlichen Rettungsprogrammen wurden strauchelnde Banken und Großkonzerne, die als *too big to fail* eingestuft wurden, auf Kosten der Steuerzahler vor der Insolvenz bewahrt. Die finanziellen Transaktionen und die dabei erzielten Gewinne erreichten schnell wieder ihre alte Höhe.<sup>64</sup> Die Rückkehr zum *status quo ante* erlaubte es der Mainstream-Ökonomie, die Weltfinanzkrise als bloße Delle in der kapitalistischen Dynamik hinzustellen, die zu keinen grundsätzlichen Korrekturen am herrschenden System Anlass gebe – wie Bernanke im angeführten Zitat unmissverständlich behauptet. Hiermit wird jedoch ideologischer Schein produziert: Der *status quo ante* wurde gerade nicht durch die von der Mainstream-Ökonomie propagierten ›Selbstheilungskräfte des Marktes‹ wiederhergestellt, sondern durch massive staatliche Interventionen. Den ideologiekritischen Angriffspunkt des Vogl'schen Terminus »Oikodizee« bildet die Weigerung der Mainstream-Ökonomie, die empirische Falsifikation ihrer dogmatischen Versicherung, dass der ›freie Markt‹ das beste aller möglichen Wirtschaftssysteme ist, in der Weltfinanzkrise anzuerkennen.

Die Realitätsferne dieses Dogmas trat in den folgenden Jahren immer deutlicher zutage. Die seit der Weltfinanzkrise stagnierende Realwirtschaft kann die systemischen Risiken, die

<sup>60</sup> Vgl. a. a. O., S. 80.

<sup>61</sup> Vogl: »Einleitung«, im vorliegenden Band, S. 130.

<sup>62</sup> Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*, S. 31.

<sup>63</sup> Vogl: »Einleitung«, im vorliegenden Band, S. 129 f.

<sup>64</sup> »Schon 2009 war eines der besten Jahre für die Wall Street überhaupt« (Vogl: *Kapital und Ressentiment* (s. Anm. 41), S. 29).

aus der »Hypertrophie des Finanzkapitals« entspringen, nicht mehr kompensieren.<sup>65</sup> Im historischen Rückblick stellt sich die Geschichte des globalisierten Kapitalismus seit der neoliberalen Wende als Krisensequenz dar: Der Weltfinanzkrise gingen »der Börsencrash von 1987, das Rentenmarktdebakel, die Russlandkrise 1998, die Dotcom-Blase vom 2000« voraus.<sup>66</sup> Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus im Gefolge der Weltfinanzkrise hat die ökonomische Krise das politische System der kapitalistischen Länder erreicht und bedroht ihre demokratische Staatsform in ihren Grundfesten. Die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft in der Weltfinanzkrise zugunsten der Kapitaleigner setzten sich in den Folgejahren mit den Austeritätsprogrammen zur Gegenfinanzierung der Rettungsprogramme für Banken und Großkonzerne und den Schuldenbremsen, die Schuldenschnitten vorbeugen sollen, fort.

Die ideologische Funktion des Dogmas von den unverwüchtlichen Wachstumskräften des ›selbstregulierenden Marktes‹ besteht in der Verschleierung der realen wirtschaftspolitischen Machtverhältnisse. Dass das Finanzkapital, dessen Hypertrophie die Weltfinanzkrise hervorgerufen hatte, seine dominierende volkswirtschaftliche Stellung mit Hilfe staatlicher Rettungsprogramme auf Kosten der Steuerzahler behaupten konnte, ist ein Beleg für den politischen Einfluss, den es seit der neoliberalen Wende erlangte. Vogl bringt seinen Begriff des »Finanzregimes« mit seiner Leitthese, dass unsere Gegenwart ihre »Gesetze« vom »Gespenst des Kapitals« empfängt,<sup>67</sup> auf eine einprägsame Formel. In *Der Souveränitätseffekt* ordnet er das heutige Finanzregime in die Geschichte des neuzeitlichen Kapitalismus ein. Darin spielte das Kreditwesen von Anfang an eine Schlüsselrolle. Die hieraus resultierende Verquickung von finanzökonomischer und politischer Macht wird in den historischen Analysen des *Souveränitätseffekt* detailliert herausgearbeitet.

Nach Reinhard Pfrieder trifft die Ausgangsfrage von Vogls *Das Gespenst des Kapital*, ob der »kapitalistische ›Geist‹ verlässlich und rational oder schlicht verrückt operiert«, die dort in Bezug auf die internationale Finanzwirtschaft der letzten Jahrzehnte aufgeworfen wird,<sup>68</sup> den Nerv des Kapitalismus im Ganzen (›Rekonstruktion und Transformation. Überlegungen zu zwei bis drei Büchern von Joseph Vogl‹). Dem marktwirtschaftlichen Credo, auf das der Oikodizee-Begriff gemünzt ist: dass »die bestehende ökonomische Welt die beste aller möglichen« ist,<sup>69</sup> liegt die Gleichsetzung des erfüllten bzw. glücklichen Lebens mit optimaler materieller Güterausstattung zugrunde. Im Drang nach beständiger Reichtumsakkumulation, der hieraus entspringt, ist insofern die Unvernunft am Werk, als er zum Raubbau an der Natur und zu kultureller Verarmung durch die Kommerzialisierung des Lebens führt. Pfrieder vermisst bei Vogl allerdings – bei aller Anerkennung für die Pointiertheit seiner kritischen Analysen – konkrete Vorschläge, wie den ›Verrücktheiten‹ des kapitalistischen Geistes begegnet werden könnte.

Tobias Nikolaus Klass setzt in seinem Beitrag »Allegorien des Gespenstischen. Anmerkungen zur Idee einer Hantologie des Kapitals« Vogls *Das Gespenst des Kapitals* zu Jacques Derridas *Spectres de Marx* (1993)<sup>70</sup> in Beziehung. Derrida appliziert in diesem Buch die

---

<sup>65</sup> Vogl: »Einleitung«, im vorliegenden Band, S. 139.

<sup>66</sup> A. a. O., S. 124.

<sup>67</sup> Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*, S. 8.

<sup>68</sup> A. a. O., S. 7.

<sup>69</sup> A. a. O., S. 28.

<sup>70</sup> Dt. Übers. *Marx' Gespenster*. Frankfurt a. M. 2003.

Gespenst-Metapher – inspiriert vom fulminanten Anfangssatz des *Kommunistischen Manifests*: »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus« – auf den »Geist« des Marxismus. Klass hebt mehrere Aspekte dieser allegorischen Deutung Derridas hervor, die sich auf Vogls *Das Gespenst des Kapitals* übertragen lassen, so dass dieses Buch als Beitrag zur politischen »Hantologie« (d.h. Gespenster-Lehre) im Derrida'schen Sinne gelesen werden kann:

(1) Ein Gespenst entzieht sich allen Versuchen, es zu (be)greifen. Wer den »Geist« des Marxismus erfassen will, darf die Geschichte der sog. »real existierenden Sozialismus« nicht außer Acht lassen. Der »Geist« des Marxismus kann daher nicht an den Texten von Marx (und Engels) direkt abgelesen werden. Die Frage, inwieweit die Theorie von Marx und Engels im »real existierenden Sozialismus« praktisch umgesetzt wurde, ist wiederum äußerst umstritten; sie lässt sich nicht eindeutig beantworten. Vogl führt in *Das Gespenst des Kapitals* die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit vor Augen, den »Geist« des Finanzkapitalismus wissenschaftlich zu bestimmen.<sup>71</sup> Vogl zeigt, dass die moderne Finanzökonomie bei dem Versuch scheitert, die »Welt zu verstehen«, »die durch sie selbst hervorgebracht wurde«,<sup>72</sup> weil sie als Theorie selbstregulierender Märkte an Ausgleichs- und Stabilitätsversprechen festhalten muss, die sie nicht einlösen kann. Der Finanzkapitalismus kann aber auch nicht unabhängig von der neoklassischen Wirtschaftstheorie zureichend verstanden werden – eben weil diese die finanzökonomischen »Tatsachen geschaffen hat«.<sup>73</sup>

(2) Ein Gespenst ist ein »Untoter« (Klass), dessen Gegenwart Unbehagen hervorruft. Dies gilt für den Marxismus in Europa nach dem Ende des »real existierenden Sozialismus« in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten. In analoger Weise hat sich durch die Weltfinanzkrise und die staatlichen Rettungsprogramme, die vollständig schuldenfinanziert waren, also auf der »Geldschöpfung aus nichts« beruhten, ein »opake[r] und wilde[r] Überraschungsraum« eröffnet, der die westlichen Gesellschaften zu der Frage nötigt, »ob und wie lange sie sich die Finanzierung ihrer kapitalistischen Funktionsideen und Strukturen noch leisten können.«<sup>74</sup>

(3) Die politische »Hantologie« im Derrida'schen Sinne ist nie bloß die Beschreibung eines Gespenstes, »sondern immer auch zugleich seine Beschwörung« (Klass). Derrida konfrontiert den herrschenden Neoliberalismus, der sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von *Spectres de Marx* – zwei Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion – seines welthistorischen Siegs sicher war, mit dem Schreckgespenst des Marxismus, um gesellschaftliche Veränderungsperspektiven offenzulegen. Einen therapeutischen Sinn sieht Klass auch in Vogls Rede vom »Gespenst des Kapitals«. Ihre ironische Spitze gegen die Mainstream-Ökonomie, die in der Weltfinanzkrise keinen Anlass zur Selbstkritik gesehen hat (s. o. S. 25), könnte dazu beitragen, eine zivilgesellschaftliche Gegenmacht gegen den herrschenden Finanzkapitalismus zu mobilisieren. Vielleicht erwartet Vogl eine solche Mobilisierung – wie Klass mit einer gewagten, aber nicht unplausiblen Pointe im Schlussteil seines Beitrags zu bedenken gibt – gerade auch von »Marx' Gespenstern«.

<sup>71</sup> Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*, S. 8.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Ebd.

<sup>74</sup> A. a. O., S. 178.

*Peter Imbusch* sieht das zentrale Verdienst von Vogls Rekonstruktion der historischen Ursprünge der heutigen Finanzökonomie darin, die Schlüsselrolle der Kreditfinanzierung staatlicher Tätigkeiten für die Verzahnung von ökonomischer und politischer Macht im neuzeitlichen Kapitalismus aufgewiesen zu haben (»Gespenster der Macht – Anmerkungen zu Joseph Vogl«). Imbusch vermisst bei Vogl allerdings eine soziologische Klassentheorie, die konkrete Auskünfte über die jeweiligen Herrschaftseliten und ihre Kontrollmechanismen in den historischen Etappen des Kapitalismus gibt. Es wäre nach Imbusch hilfreich gewesen, wenn Vogl die machtheoretischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte in der Soziologie und Politischen Ökonomie stärker herangezogen hätte.

*Wolfgang Streeck* betrachtet das Fehlen konkreter Vorschläge für die Abwendung der Gefahren, die aus der Dominanz der Finanzwirtschaft im gegenwärtigen Kapitalismus entspringen, nicht als Defizit von Vogls Schriften, sondern als eine ihrer zentralen Pointen (»Was tun? Joseph Vogl und das Alltagssprachliche Optimismus-Gebot«). Solche Vorschläge würden den Eindruck erwecken, dass die Dauerkrise, in der sich die kapitalistischen Länder inzwischen befinden, durch geschicktes Management überwunden werden kann. Dies läuft Vogls dezidiert These zuwider, dass sich die westlichen Staaten in einen »opake[n] und wilde[n] Überraschungsraum [...] hineinfinanziert« haben.<sup>75</sup> Wäre Vogl von den Erfolgsaussichten eines soliden Krisenmanagements überzeugt, wäre seine Charakterisierung des Finanzkapitals als »gespenstisch« eine rhetorische Übertreibung.

Der »gespenstische« Charakter des modernen Finanzkapitals resultiert – wie Streeck in seinem Beitrag »Was tun?« und seiner Rezension der englischen Übersetzung von Vogls *Der Souveränitätseffekt* hervorhebt – aus der fortschreitenden Entmaterialisierung und Abstraktifizierung des Geldes durch das neuzeitliche Kreditwesen, das die Geldmenge von ihrer Verankerung in den Gütern und Dienstleistungen der Realwirtschaft abgelöst hat. Ob die sozialistische Forderung nach einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln einen Ausweg aus der Systemkrise des Finanzkapitalismus eröffnet, bleibt am Schluss von Streecks Rezension ein Hoffnungsschimmer mit ungewissen Realisierungschancen.

*Smail Rapic* zeichnet in seinem Beitrag »Die neuzeitliche Gouvernamentalität und das Kapital« Vogls weitreichende Modifikation von Michel Foucaults Gouvernamentalitäts-Konzeption, an die *Der Souveränitätseffekt* explizit anknüpft, im Rekurs auf Marx' *Kapital* nach. Vogl korrigiert hierbei zugleich die ökonomistische Engführung des Marx'schen Kapitalbegriffs. Während Marx das Privatkapital als den Nukleus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation betrachtet und das bürgerliche Recht zum bloßen Epiphänomen herabstuft, erhärtet Vogl die Leitthese von Foucaults *Geschichte der Gouvernamentalität*, dass aus der Integration der ökonomischen Wissenschaft in die Regierungspraxis in dieser Gesellschaftsformation ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis von Wirtschaftsprozessen und staatlichen Institutionen entspringt, durch seine Rekonstruktion der Verschränkung von privater Kapitalmacht und staatlichen Machtkapitalien im neuzeitlichen System des öffentlichen Kredits. Vogls weitreichende Umakzentuierung von Foucaults Gouvernamentalitäts-Konzeption kommt bereits im Buchtitel *Der Souveränitätseffekt* zum Ausdruck. Foucault erklärt Theorien der Souveränität für geschichtlich überholt; Vogls Analyse des Finanzkapitalismus, der sich erst nach Foucaults Tod herausbildete, ist jedoch eine solche Theorie. Theorien der Souveränität im Foucault'schen Sinne wollen in jeder Gesellschaftsformation ein Machtzentrum aufweisen,

---

<sup>75</sup> Vogl: *Das Gespenst des Kapitals*, S. 178.

das diese im Sinne einer grundlegenden Gesetzmäßigkeit durchdringt; und sie gehen zugleich davon aus, dass Herrschaftsverhältnisse nie rein deterministisch zu erklären sind, sondern immer auch einen personalen Aspekt enthalten und daher einer normativen Rechtfertigung bedürfen. Gegen die Annahme eines organisierenden Machtzentrums des bürgerlichen Kapitalismus wendet sich Foucault mit seiner These eines wechselseitigen Bedingungsverhältnisses von Wirtschaft und Staat. Personale Herrschaftsverhältnisse sind im heutigen Kapitalismus nach seiner Überzeugung eigendynamisch operierenden Systemstrukturen gewichen, die die Individuen bereits im Sozialisationsprozess unter Konformitätsdruck setzen, so dass das Bedürfnis nach normativer Legitimation der bestehenden Verhältnisse verblassen, zumal dieses angesichts der Anonymität der Systemstrukturen ohnehin ins Leere laufe. Vogl sieht demgegenüber gerade im wechselseitigen Bedingungsverhältnis von privater Kapitalmacht und staatlichen Machtkapitalien das organisierende Zentrum des neuzeitlichen Kapitalismus. Die Priorisierung der Interessen von Investoren und Gläubigern im Finanzkapitalismus, die in den staatlichen Rettungsprogrammen für Banken und Großkonzerne in der Weltfinanzkrise unübersehbar zutage trat, ist nach Vogl ein Beleg dafür, dass sich in ihm oligarchische – und damit personale – Herrschaftsverhältnisse ausgebildet haben, die normativ kritisiert werden können. In diesem Sinne ist Vogls historische Rekonstruktion des Finanzkapitalismus eine Theorie der Souveränität.

Nach Raptic korrigiert Vogl mit dieser Modifikation von Foucaults Gouvernamentalitäts-Konzeption dessen plakativ zugespitzte, vorschnelle Abgrenzung vom Marxismus, der den Theorien der Souveränität zuzuordnen ist. Raptic wendet sich allerdings gegen Vogls These, die dialektische Gegenüberstellung von Ökonomie und Staat, die für den Historischen Materialismus von Marx und Engels von grundlegender Bedeutung ist, sei im Finanzkapitalismus obsolet. Raptic beruft sich hierbei auf Wolfgang Streecks Analyse des Finanzkapitalismus, die die marxistisch inspirierten Frankfurter Krisentheorien der 1960er und -70er Jahre fortschreibt. Nach Raptic nähert sich Vogl in *Kapital und Ressentiment* (2021) der Position Streecks an und lässt die These, die dialektische Gegenüberstellung von Ökonomie und Staat sei obsolet, implizit fallen.

#### 4. Das Autorengespräch mit Colin Crouch über Demokratie und Kapitalismus

Crouchs Begriff der »Postdemokratie«, der auf die Aushöhlung demokratischer Entscheidungsprozesse in den kapitalistischen Ländern infolge der neoliberalen Umorientierung ihrer Wirtschaftspolitik seit dem Ende der 1970er Jahre gemünzt ist, hat sich im gesellschaftswissenschaftlichen wie auch im öffentlichen Diskurs fest eingebürgert. Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und der Herstellung kapital-freundlicher Investitionsbedingungen übernahmen Netzwerke von Firmenvertretern und staatlichen Akteuren wirtschaftliche und politische Steuerungsfunktionen. Der Widerspruch zwischen der neoliberalen Lehre, die die Eigendynamik des freien Marktes zum Motor sozialer Prosperität erklärt, und dem faktischen Resultat der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurde in der 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise offenkundig: Die westlichen Regierungen setzten die Marktgesetze im Interesse des Kapitals außer Kraft, indem sie Banken und Konzerne, die sie als systemrelevant einstufte, auf Kosten der Steuerzahler vor der Insolvenz retteten. Die Weltfinanzkrise führte zu keinem Politikwechsel; die Macht der Banken und internationalen Konzerne blieb